

# LOIS, DECRETS, ORDONNANCES ET REGLEMENTS WETTEN, DECRETEN, ORDONNANTIES EN VERORDENINGEN

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C – 2017/13560]

1<sup>er</sup> JUILLET 2016. — Loi-programme  
Traduction allemande d'extraits

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande des articles 8 à 11, 17 à 19, 88 à 91, 93 à 98, 105, 106, 123 à 126 et 128 de la loi-programme du 1<sup>er</sup> juillet 2016 (*Moniteur belge* du 4 juillet 2016).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C – 2017/13560]

1 JULI 2016. — Programmawet  
Duitse vertaling van uittreksels

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de artikelen 8 tot 11, 17 tot 19, 88 tot 91, 93 tot 98, 105, 106, 123 tot 126 en 128 van de programmawet van 1 juli 2016 (*Belgisch Staatsblad* van 4 juli 2016).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C – 2017/13560]

1. JULI 2016 — Programmgesetz — Deutsche Übersetzung von Auszügen

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung der Artikel 8 bis 11, 17 bis 19, 88 bis 91, 93 bis 98, 105, 106, 123 bis 126 und 128 des Programmgesetzes vom 1. Juli 2016.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST KANZLEI DES PREMIERMINISTERS

1. JULI 2016 — Programmgesetz

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammer hat das Folgende angenommen und Wir sanktionieren es:

(...)

TITEL 2 — Sozialrechtliche Bestimmungen

KAPITEL 1 — Soziale Angelegenheiten

(...)

*Abschnitt 2* — Abänderungen des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung

Unterabschnitt 1 — Gezielte Kontrolle

**Art. 8** - Artikel 82 des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 25. April 2014 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich der sozialen Sicherheit, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nr. 1 werden die Wörter "aufgrund von Artikel 94" durch die Wörter "aufgrund der Artikel 90 Absatz 2 und 94" ersetzt.

2. In Absatz 2 werden die Wörter "einen Invaliditätszustand" durch die Wörter "einen Zustand der Arbeitsunfähigkeit in Ausführung von Absatz 1 Nr. 1" ersetzt.

**Art. 9** - In Artikel 90 desselben Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 21. Dezember 2013 zur Festlegung verschiedener dringender Bestimmungen im Bereich soziale Rechtsvorschriften, wird zwischen Absatz 1 und 2 ein Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Der medizinische Invaliditätsrat kann jedoch ab dem ersten Tag des siebten Monats des Zeitraums primärer Arbeitsunfähigkeit das Ende der Arbeitsunfähigkeit feststellen. In diesem Fall notifiziert er seinen Beschluss unter den Bedingungen und innerhalb der Fristen, die vom König festgelegt werden."

**Art. 10** - Die Artikel 8 und 9 treten am 1. Juli 2016 in Kraft.

## Unterabschnitt 2 - Rückforderung der offensichtlich unrechtmäßig gezahlten Beträge

**Art. 11** - Artikel 164 desselben Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 10. April 2014 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Gesundheit, wird durch folgenden Absatz ergänzt:

"Der König bestimmt die Modalitäten für die Rückforderung der Leistungen, deren unrechtmäßige Zahlung auf den Tod des Sozialversicherten zurückzuführen ist, bei dem Finanzinstitut, bei dem das Bankkonto, auf das die Zahlung dieser Leistungen erfolgt ist, eröffnet ist."

KAPITEL 2 — *Selbständige**Abschnitt 1 — Administrative Geldbußen in der Regelung für Selbständige*

(...)

Unterabschnitt 2 — Abänderung des Gesetzes vom 16. Dezember 1851 über die Vorzugsrechte und die Hypotheken, das Titel XVIII von Buch III des Zivilgesetzbuches bildet

**Art. 17** - In Artikel 19 Nr. 4ter Absatz 3 des Gesetzes vom 16. Dezember 1851 über die Vorzugsrechte und die Hypotheken, das Titel XVIII von Buch III des Zivilgesetzbuches bildet, ersetzt durch das Gesetz vom 3. Juli 2005, werden die Wörter "die Beiträge und Zuschläge" durch die Wörter "die administrativen Geldbußen, Beiträge und Zuschläge" ersetzt.

**Art. 18** - Vorliegender Abschnitt ist anwendbar auf Beschlüsse zur Auferlegung einer administrativen Geldbuße, die ab dem 1. Juli 2016 zugestellt werden, mit Ausnahme von Artikel 16 Nr. 1, der auf Mitgliedschaftserklärungen anwendbar ist, die ab dem 1. Juli 2016 unterzeichnet werden.

Die Fälle, die nicht in Absatz 1 erwähnt sind, werden gemäß den vor Inkrafttreten des vorliegenden Abschnitts anwendbaren Bestimmungen geregelt.

**Art. 19** - Vorliegender Abschnitt tritt am 1. Juli 2016 in Kraft.

(...)

TITEL 3 — *Finanzen*

(...)

KAPITEL 4 — *Nichtsteuerliche Beitreibung*

(...)

*Abschnitt 2 — Abänderungen des Gesetzes vom 21. Februar 2003 zur Einrichtung eines Dienstes für Unterhaltsforderungen beim FÖD Finanzen*

**Art. 88** - Artikel 13 des Gesetzes vom 21. Februar 2003 zur Einrichtung eines Dienstes für Unterhaltsforderungen beim FÖD Finanzen, abgeändert durch das Gesetz vom 12. Mai 2014, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 13 - Frühestens einen Monat nach der in Artikel 10 erwähnten Notifizierung führt der Dienst für Unterhaltsforderungen die Beitreibung der geschuldeten Beträge anhand eines Zwangsbefehls durch.

Der Zwangsbefehl wird vom Dienst für Unterhaltsforderungen erlassen; er wird vom zuständigen Generalberater der Verwaltung des Föderalen Öffentlichen Dienstes Finanzen, dem der Dienst für Unterhaltsforderungen untersteht, oder von einem vom Generalberater bestimmten Beamten abgezeichnet und für vollstreckbar erklärt.

Der Zwangsbefehl wird per Einschreiben notifiziert. Die Aushändigung des Schriftstücks an den Universalpostdiensteanbieter gilt als Notifizierung ab dem dritten darauf folgenden Werktag.

Der Zwangsbefehl darf auch per Gerichtsvollzieherurkunde mit Zahlungsbefehl zugestellt werden."

**Art. 89** - In Artikel 14 § 1 desselben Gesetzes werden die Wörter "Nach Zustellung des in Artikel 13 erwähnten Zahlungsbefehls" durch die Wörter "Nach Notifizierung oder Zustellung des in Artikel 13 erwähnten Zwangsbefehls" ersetzt.

**Art. 90** - In Artikel 18 Absatz 1 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 12. Mai 2014, werden die Wörter "durch einen Zahlungsbefehl gemäß Artikel 3 des Domonialgesetzes vom 22. Dezember 1949" durch die Wörter "durch einen Zwangsbefehl gemäß Artikel 13 Absatz 2 bis 4" ersetzt.

**Art. 91** - In Artikel 19 desselben Gesetzes werden die Wörter "von drei Monaten ab der Zustellung des Zahlungsbefehls" durch die Wörter "von drei Monaten ab der Notifizierung oder Zustellung des Zwangsbefehls" ersetzt.

(...)

*Abschnitt 4 — Abänderungen des Gerichtsgesetzbuches und verschiedener Bestimmungen*

**Art. 93** - In Artikel 669 des Gerichtsgesetzbuches werden die Wörter "an den Einnehmer des Registrierungsamtes" durch die Wörter "an den zuständigen Einnehmer der mit der Einnahme und Beitreibung nichtsteuerlicher Forderungen beauftragten Verwaltung des Föderalen Öffentlichen Dienstes Finanzen" ersetzt.

**Art. 94** - In Artikel 684 Absatz 1 desselben Gesetzbuches werden die Wörter "dem Büro des Einnehmers des Registrierungsamtes" durch die Wörter "dem zuständigen Einnehmer der mit der Einnahme und Beitreibung nichtsteuerlicher Forderungen beauftragten Verwaltung des Föderalen Öffentlichen Dienstes Finanzen" ersetzt.

**Art. 95** - In Artikel 693 Absatz 1 desselben Gesetzbuches werden die Wörter "die von der Registrierungs- und Domänenverwaltung gezahlten Vorschüsse" durch die Wörter "die von der mit der Einnahme und Beitreibung nichtsteuerlicher Forderungen beauftragten Verwaltung des Föderalen Öffentlichen Dienstes Finanzen gezahlten Vorschüsse" ersetzt.

**Art. 96** - Artikel 694 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

"Art. 694 - Wenn die Gegenpartei des Gerichtskostenhilfeempfängers in die Verfahrenskosten verurteilt wird, übermittelt der Greffier dem zuständigen Einnehmer der mit der Einnahme und Beitreibung nichtsteuerlicher Forderungen beauftragten Verwaltung des Föderalen Öffentlichen Dienstes Finanzen binnen einem Monat einen Auszug des Urteils.

Bei einem Vergleich sind die Parteien verpflichtet, die mit der Einnahme und Beitreibung nichtsteuerlicher Forderungen beauftragte Verwaltung des Föderalen Öffentlichen Dienstes Finanzen per Einschreibebrief davon in Kenntnis zu setzen, dass der Rechtsstreit beendet worden ist. Diese Mitteilung muss binnen sechzig Tagen nach der geschlossenen Vereinbarung erfolgen, andernfalls droht jeder der Parteien eine administrative Geldbuße von mindestens 50 EUR, die auf das Doppelte der von der Verwaltung vorgestreckten Gerichtskosten angehoben werden kann."

**Art. 97** - Artikel 695 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

"Die mit der Einnahme und Beitreibung nichtsteuerlicher Forderungen beauftragte Verwaltung des Föderalen Öffentlichen Dienstes Finanzen fordert die ihr geschuldeten Gelder gemäß den Bestimmungen von Artikel 3 und folgenden des Domonialgesetzes vom 22. Dezember 1949 zurück."

2. Absatz 2 wird aufgehoben.

**Art. 98** - In Artikel 697 desselben Gesetzbuches werden die Wörter "und ab dem Tag, an dem die Registrierungsverwaltung die Zahlung vorgenommen hat" durch die Wörter "und ab dem Tag, an dem die mit der Einnahme und Beitreibung nichtsteuerlicher Forderungen beauftragte Verwaltung des Föderalen Öffentlichen Dienstes Finanzen die Zahlung vorgenommen hat" ersetzt.

(...)

**Art. 105** - In Artikel 40 § 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 2013 über medizinische Hilfsmittel wird Absatz 1 wie folgt ersetzt:

"Wird die Zahlung nicht binnen der in § 1 erwähnten Frist getätigt, sendet der Beamte die definitive Entscheidung mit dem zu zahlenden Betrag an den zuständigen Einnehmer der mit der Einnahme und Beitreibung nichtsteuerlicher Forderungen beauftragten Verwaltung des Föderalen Öffentlichen Dienstes Finanzen und die geschuldeten Summen werden gemäß Artikel 3 und folgenden des Domonialgesetzes vom 22. Dezember 1949 eingetrieben."

**Art. 106** - Artikel 41 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 21. Dezember 2013, wird aufgehoben.

(...)

#### Abschnitt 6 — Inkrafttreten

**Art. 109** - Vorliegendes Kapitel tritt an einem vom König festzulegenden Datum und spätestens am 1. Januar 2017 in Kraft.

(...)

KAPITEL 7 — *Abfrage von Informationen bei der Zentralen Kontaktstelle der Belgischen Nationalbank wie in Artikel 322 § 3 des Einkommensteuergesetzbuches 1992 erwähnt*

#### Abschnitt 1 — Abänderungen des Strafprozessgesetzbuches

**Art. 123** - Artikel 46<sup>quater</sup> § 1 des Strafprozessgesetzbuches, eingefügt durch das Gesetz vom 6. Januar 2003 und abgeändert durch das Gesetz vom 27. Dezember 2005, wird durch einen Absatz mit folgendem Wortlaut ergänzt:

"Um die in Absatz 1 erwähnten Maßnahmen zu ermöglichen, kann der Prokurator des Königs bei Verstößen gegen die Artikel 137 bis 141 oder 505 Absatz 1 Nr. 2 bis 4 des Strafgesetzbuches, oder im Rahmen der Steuerhinterziehung, wie erwähnt in den Artikeln 449 und 450 des Einkommensteuergesetzbuches 1992, in den Artikeln 73 und 73<sup>bis</sup> des Mehrwertsteuergesetzbuches, in den Artikeln 133 und 133<sup>bis</sup> des Erbschaftssteuergesetzbuches, in den Artikeln 206 und 206<sup>bis</sup> des Registrierungs-, Hypotheken- und Kanzleigebührengesetzbuches, in den Artikeln 207 und 207<sup>bis</sup> des Gesetzbuches der verschiedenen Gebühren und Steuern, in den Artikeln 220 § 2, 259 und 260 des Allgemeinen Gesetzes vom 18. Juli 1977 über Zölle und Akzisen, in den Artikeln 3.15.3.0.1 und 3.15.3.0.2 des Flämischen Steuerkodexes vom 13. Dezember 2013 und in den Artikeln 68 und 68<sup>ter</sup> des Gesetzbuches der den Einkommensteuern gleichgesetzten Steuern, sowie bei einem in Artikel 5 § 3 des Gesetzes vom 11. Januar 1993 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung erwähnten Verstoß auf besonderen und mit Gründen versehenen Antrag hin bei der Zentralen Kontaktstelle der Belgischen Nationalbank wie in Artikel 322 § 3 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzbuches 1992 erwähnt Informationen abfragen."

**Art. 124** - In dasselbe Gesetzbuch wird ein Artikel 56<sup>ter</sup> mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Art. 56<sup>ter</sup> - Um die in Artikel 46<sup>quater</sup> § 1 Absatz 1 erwähnten Maßnahmen zu ermöglichen, kann der Untersuchungsrichter auf besonderen und mit Gründen versehenen Antrag hin bei der Zentralen Kontaktstelle der Belgischen Nationalbank wie in Artikel 322 § 3 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzbuches 1992 erwähnt Informationen abfragen."

**Art. 125** - In dasselbe Gesetzbuch wird ein Artikel 158<sup>sexies</sup> mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Art. 158<sup>sexies</sup> - Das Gericht kann im Interesse der Wahrheitsfindung den Prokurator des Königs von Amts wegen auffordern, durch einen besonderen und mit Gründen versehenen Antrag bei der Zentralen Kontaktstelle der Belgischen Nationalbank wie in Artikel 322 § 3 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzbuches 1992 erwähnt Informationen abzufragen."

**Art. 126** - In dasselbe Gesetzbuch wird ein Artikel 190<sup>quinquies</sup> mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Art. 190<sup>quinquies</sup> - Das Gericht kann im Interesse der Wahrheitsfindung den Prokurator des Königs von Amts wegen auffordern, durch einen besonderen und mit Gründen versehenen Antrag bei der Zentralen Kontaktstelle der Belgischen Nationalbank wie in Artikel 322 § 3 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzbuches 1992 erwähnt Informationen abzufragen."

(...)

*Abschnitt 3* — Abänderung des Gesetzes vom 25. Ventôse des Jahres XI zur Organisierung des Notariats

**Art. 128** - In das Gesetz vom 25. Ventôse des Jahres XI zur Organisierung des Notariats wird ein Artikel 118 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

“Art. 118 - Der Notar kann lediglich im Rahmen von Erbfallanmeldungen auf besonderen und mit Gründen versehenen Antrag hin bei der Zentralen Kontaktstelle der Belgischen Nationalbank wie in Artikel 322 § 3 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzbuches 1992 erwähnt Informationen abfragen.”

(...)

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 1. Juli 2016

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Premierminister

Ch. MICHEL

Die Ministerin der Sozialen Angelegenheiten und der Volksgesundheit

M. DE BLOCK

Der Minister der Finanzen

J. VAN OVERTVELDT

Der Minister des Mittelstands, der Selbständigen und der KMB

W. BORSUS

Der Staatssekretär für die Bekämpfung des Sozialbetrugs

Ph. DE BACKER

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz

K. GEENS

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C – 2017/31304]

**15 MARS 2017.** — Arrêté ministériel modifiant l'arrêté ministériel du 18 mars 2009 portant délégation de certains pouvoirs du Ministre qui a l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers dans ses compétences et abrogeant l'arrêté ministériel du 17 mai 1995 portant délégation des pouvoirs du Ministre en matière d'accès au territoire, de séjour, d'établissement et d'éloignement des étrangers. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté ministériel du 15 mars 2017 modifiant l'arrêté ministériel du 18 mars 2009 portant délégation de certains pouvoirs du Ministre qui a l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers dans ses compétences et abrogeant l'arrêté ministériel du 17 mai 1995 portant délégation des pouvoirs du Ministre en matière d'accès au territoire, de séjour, d'établissement et d'éloignement des étrangers (*Moniteur belge* du 21 avril 2017).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C – 2017/31304]

**15 MAART 2017.** — Ministerieel besluit tot wijziging van het ministerieel besluit van 18 maart 2009 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden van de minister die bevoegd is voor de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen en tot opheffing van het ministerieel besluit van 17 mei 1995 houdende delegatie van bevoegdheid van de minister inzake de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het ministerieel besluit van 15 maart 2017 tot wijziging van het ministerieel besluit van 18 maart 2009 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden van de minister die bevoegd is voor de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen en tot opheffing van het ministerieel besluit van 17 mei 1995 houdende delegatie van bevoegdheid van de minister inzake de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen (*Belgisch Staatsblad* van 21 april 2017).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C – 2017/31304]

**15. MÄRZ 2017** — Ministerieller Erlass zur Abänderung des Ministeriellen Erlasses vom 18. März 2009 zur Übertragung bestimmter Befugnisse des für die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern zuständigen Ministers und zur Aufhebung des Ministeriellen Erlasses vom 17. Mai 1995 zur Übertragung der Befugnisse des Ministers in Bezug auf die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Ministeriellen Erlasses vom 15. März 2017 zur Abänderung des Ministeriellen Erlasses vom 18. März 2009 zur Übertragung bestimmter Befugnisse des für die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern zuständigen Ministers und zur Aufhebung des Ministeriellen Erlasses vom 17. Mai 1995 zur Übertragung der Befugnisse des Ministers in Bezug auf die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.